



ZBBS e.V. • Sophienblatt 64a • 24114 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Innenausschuss

Per Email: [innenausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:innenausschuss@landtag.ltsh.de)

Kiel, 04.09.2021

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/6284

**Stellungnahme zu dem Antrag „Kommunalwahlrecht für alle einführen – Drucksache 19/3073 (neu)“  
sowie dem Alternativantrag „Für ein zeitgemäßes Wahlrecht – Drucksache 19/3108“**

Sehr geehrte Frau Ostmeier,  
sehr geehrte Mitglieder des Innenausschusses,  
sehr geehrter Herr Dr. Galka,

vielen Dank für die Möglichkeit, zu den beiden Anträgen Stellung nehmen zu können.

Die Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für Migrant\*innen e.V. (kurz ZBBS) arbeitet seit über 35 Jahren im Bereich der flüchtlingssolidarischen und migrationspolitischen Arbeit. Die ZBBS ist Träger von bundes- und landesgeförderter **Migrationsberatung, Integrationskursträger** sowie Träger von Teilprojekten im **IQ-Netzwerk Schleswig-Holstein – Beratung zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse**, im Netzwerk **Mehr Land in Sicht! – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein** sowie im Netzwerk **Alle an Bord! - Netzwerk zur arbeitsmarktlichen Integration von Geflüchteten in Schleswig-Holstein**. Außerdem ist die ZBBS die **Externe Koordinierungsstelle der Partnerschaft für Demokratie, Trägerin des Interkulturelle Gartens**, des **ZEIK – Zentrum für Interkulturelle Kreativität** und bietet darüber hinaus vielfältige bildungspolitische und kulturelle Projekte an.

Wir begrüßen die Initiative des SSW sehr, eine Bundesratsinitiative hinsichtlich des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige und Staatenlose zu starten. Da auch Drittstaatsangehörige und Staatenlose von politischen Entscheidungen betroffen sind, haben sie aus unserer Sicht das Recht dazu, an diesen Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Das Wahlrecht ist demnach ein demokratisches Grundrecht.



Im Leitbild der ZBBS haben wir verankert, dass die ZBBS den einzelnen Menschen bei seiner sozialen, beruflichen und **gesellschaftlichen Teilhabe** stärkt und unterstützt. Auf diesen Aspekt möchte die ZBBS im Folgenden den Fokus legen.

Aus unserer Sicht ist ein wichtiger Aspekt der gesellschaftlichen Teilhabe, an politischen Entscheidungen teilhaben zu können. Voraussetzungen dafür sind zu einen die Kenntnis über die Möglichkeiten und die Abläufe der Entscheidungsprozesse und zum anderen die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Umsetzung.

Es gibt viele Drittstaatsangehörige und Staatenlose, die bereits viele Jahre in Deutschland leben und es als diskriminierend empfinden, dass sie nicht wählen dürfen. Der Schritt der Einbürgerung, um das Wahlrecht zu erhalten, ist entweder nicht möglich (z.B. wegen nicht klärbarer Identität oder wegen Passlosigkeit) oder aus persönlichen Gründen nicht erwünscht (vor allem wegen des meist vorhandenen Zwangs zur Aufgabe der ersten Staatsbürgerschaft, aber auch z.B. wegen noch bestehender emotionaler Bindung an das erste Heimatland oder wegen befürchteter Probleme bei Erbschaftangelegenheiten).

Besonders Menschen mit Fluchtbiographie wünschen sich, politische Entscheidungen mitgestalten zu können. Die meisten von ihnen wissen es sehr zu schätzen, dass Deutschland eine Demokratie ist, denn sie kommen oft aus Ländern mit totalitären Herrschaftssystemen und wünschen sich sehr, **mitbestimmen zu dürfen**, da es ihnen im Heimatland verwehrt war.

Wahlrecht bedeutet auch, sich zur Wahl aufstellen zu lassen und im Falle einer Wahl aktiv das politische Geschehen mitgestalten zu können. Auch das ist für manch eine\*n Ausländer\*in erstrebenswert und muss aus unserer Sicht möglich sein.

Im Leitbild der ZBBS haben wir auch das Ziel verankert, „...dass die Diversität als eine Bereicherung in der Gesellschaft erlebt wird“. In den politischen Gremien auf allen politischen Ebenen sind Migrant\*innen nicht in dem Maß vertreten, das ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Eine Demokratie funktioniert aus unserer Sicht jedoch am besten, wenn **alle Bevölkerungsgruppen** in allen Entscheidungsgremien vertreten sind. So können lebendige Diskussionen entstehen und es bleibt weniger Platz für einseitige, rassistische und ausgrenzende Positionen.

Aus unserer Sicht sollte das Wahlrecht jedoch nicht nur auf die kommunale Ebene beschränkt, sondern mindestens auch auf Landesebene ermöglicht werden.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung

Mona Golla

